

---

Thomas Gebrig

## Das Sozialistische Büro und die Wiederkehr der Organisationsdebatte

Um das Sozialistische Büro (SB) und seine Geschichte haben sich in letzter Zeit wieder einige Aktivitäten entwickelt. Das hat vielfältige Dimensionen. Mit dem neuerlichen Interesse an der Klassenfrage<sup>1</sup> entstand auch wieder ein Interesse am Politik- beziehungsweise Organisationsansatz des SB. Dies, nachdem die Klassenfrage und die Arbeiter\*innenbewegung als emanzipatorisches, gesellschaftsveränderndes Subjekt mitsamt ihrer Geschichte auch von weiten Teilen der Linken weitgehend für überholt oder irrelevant erklärt, ausgegrenzt oder gar angefeindet wurden. Zuletzt diskutierte die *Antifa Kritik und Klassenkampf* den Arbeitsfeldansatz des SB.<sup>2</sup> Das SB begann darüber hinaus eine Selbstthematizierung, nicht zuletzt angesichts seines fünfzigsten Geburtstags 2019.<sup>3</sup> Aus dem SB und seinem Umfeld heraus wurde ein Geschichtsprojekt auf den Weg gebracht. Entstehung, Kontext und Wirkungsgeschichte des SB sollen innerhalb eines Forschungszusammenhangs historisch aufgearbeitet werden.

---

<sup>1</sup> Siehe u. a.: Sebastian Friedrich / Redaktion analyse & kritik (Hg.), *Neue Klassenpolitik. Linke Strategien gegen Rechtsruck und Neoliberalismus*, Berlin 2018, sowie zuletzt das Jubiläumsheft der *Prokla*, *Probleme des Klassenkampfes – heute*, *Prokla*, 50 (2020), 200.

<sup>2</sup> Siehe u. a.: *Antifa Kritik und Klassenkampf*, *Der kommende Aufprall*, 2015, [<http://akkff-m.blogspot.de/2015/04/02/der-kommende-aufprall/>]; zur Diskussion siehe: *diskus*, 65 (2016), 2, [<https://diskus.copyriot.com/akk/>].

<sup>3</sup> Siehe u. a.: *50 Jahre SB*, [<http://express-afp.info/50-jahre-sb/>]; Gottfried Oy, *50 Jahre Sozialistisches Büro*, 2019, [<https://www.rosalux.de/news/id/40787/50-jahre-sozialistisches-buero/>]; Günter Pabst, *Rückblick auf die Geschichte des Sozialistischen Büros*, in: *Widersprüche*, 143 (2017), S. 123–125; Rudolf Walther, *50 Jahre Sozialistisches Büro: Undogmatische Linke. Unter den Formationen der Neuen Linken nach 1968 hob sich das Sozialistische Büro als undogmatischer und intellektueller Ansatz hervor*, in: *taz*, 12. 07. 2019, [<https://taz.de/50-Jahre-Sozialistisches-Buero/!5604894/>].

Als eine Auseinandersetzung mit dem SB erschien auch 2019 das Buch *Rätepartei* von Carsten Prien.<sup>4</sup> Im Folgenden geht es anhand einer kritischen Lektüre dieser Schrift um Ansätze einer Rekonstruktion der Organisationsdebatte des SB. Die in diesem Zusammenhang, im Rückblick auf die Geschichte des SB, thematisierten Perspektiven, Erwartungen und Politikvorstellungen der kapitalismuskritischen Linken erscheinen auch heute noch relevant.

Gerade die Organisationsfrage im Sinne einer Frage nach dem Verhältnis zu den politischen Strukturen der repräsentativen Demokratie, zum Parlamentarismus und damit zur Partei-Organisation sind im SB ebenso wie in seinen Vorläuferorganisationen ein immer wiederkehrender, wenn nicht gar als wesentlich zu bezeichnender Bestandteil der Auseinandersetzung. Nicht nur im Gründungsumfeld des SB wurde die Frage diskutiert, ob und wie es zur Etablierung einer Partei links der SPD kommen könne beziehungsweise solle. Auch dem SB selbst blieb die Debatte erhalten. Diskutiert wurde, ob das SB sich organisatorisch in Richtung Partei entwickeln, ob es eigenständig bleiben – gerade um in bestehende Organisationen und Partei hineinzuwirken – oder ob es sich eher kritisch auf Partei-Politik beziehen soll. Das Buch *Rätepartei* lässt diese Debatte wiederaufleben. Bevor jedoch genauer darauf eingegangen wird, gilt es zunächst das SB etwas genauer zu beschreiben.

Das SB wird Anfang 1969 gegründet, zu einem Zeitpunkt, an dem die 68er-Bewegung ihren Zenit bereits überschritten hat. Bundestagswahlen und damit ein Regierungswechsel stehen bevor. Seit 1966 regiert die Große Koalition, nach der Bundestagswahl 1969 am 28. September etabliert sich die sozialliberale Koalition unter Bundeskanzler Willy Brandt.

Die Linke sucht wieder nach neuen Organisationsformen oder löst sich in etablierte oder traditionalistische auf. Der SDS zerfällt und beendet seine Existenz Anfang 1970. Parteigründungen finden statt: DKP 1968, die K-Gruppen: KPD/ML 1968, KPD/AO 1970, KB 1971, KBW

---

<sup>4</sup> Carsten Prien, *Rätepartei*. Zur Kritik des Sozialistischen Büros, Oskar Negt und Rudi Dutschke. Ein Beitrag zur Organisationsdebatte. Mit drei Originaltexten von Rudi Dutschke und Oskar Negt, Seedorf 2019. Zur Kritik an Prien siehe auch: Timm Kunstreich, Partei sein ohne Partei zu werden. Anmerkungen zu Carsten Prien, in: *Widersprüche*, 157/2020, S. 127–130.

1973 und der *Revolutionäre Kampf* (RK) 1970.<sup>5</sup> Die unterschiedlichsten politischen Gruppen überlegen, ob oder wie sie sich zum Parlamentarismus verhalten sollen.<sup>6</sup> Wir stehen am Beginn des später sogenannten „roten Jahrzehntes“.

Wie kommt es zur Gründung des SB? Gottfried Oy schreibt in seiner Arbeit zum SB und der Zeitschrift *links*:

Etwa 30 Personen, maßgeblich aus dem linkssozialistischen Spektrum, aber auch der Ostermarschbewegung, sowie auch geprägt durch die Erfahrungen im Kuratorium Notstand der Demokratie und dem Sozialistischen Zentrum, gründen im Februar 1969 in Offenbach die Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro.<sup>7</sup>

Das lässt sich präzisieren: Im SB sammeln sich in der Tat viele Personen aus der Kampagnenpolitik der frühen BRD (Ostermarsch-Bewegung / Kampagne für Demokratie und Abrüstung, Bewegung gegen die Notstandsgesetze / Kuratorium Notstand der Demokratie). Nach Andreas Buro ist das SB wesentlich eine Gründung aus dem Arbeitsausschuss der *Kampagne für Demokratie und Abrüstung*.<sup>8</sup> Arno Klönne gab den Anstoß zur Initiative und wandte sich an Christel Beilmann, Klaus Vack und Buro selbst. Angesprochen sei damit die „undogmatische Kerngruppe“ der Kampagne.<sup>9</sup>

<sup>5</sup> „Wer tut uns weh? Der KBW! Wer macht uns froh? Das Sozialistische Büro! Wer macht Dampf? Revolutionärer Kampf!“ (Demo-Spruch der Frankfurter Spontis).

<sup>6</sup> Dazu wird die frühere sozialistische Debatte rezipiert. Siehe u. a. Georg Lukács / Paul Friedländer (d. i. Ernst Reuter) / L. Rudas, *Parlamentarismusdebatte*, Berlin 1968, [[https://www.mao-projekt.de/BRD/BER/ANA/Berlin\\_ANA\\_1968\\_PG\\_Raete\\_Parlamentarismusdebatte.shtml](https://www.mao-projekt.de/BRD/BER/ANA/Berlin_ANA_1968_PG_Raete_Parlamentarismusdebatte.shtml)].

<sup>7</sup> Gottfried Oy, *Spurensuche Neue Linke. Das Beispiel des Sozialistischen Büros und seiner Zeitschrift links. Sozialistische Zeitung (1969 bis 1997). Von der Rosa Luxemburg Stiftung – Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e. V. in Auftrag gegebene Studie*, Berlin 2007, [[https://www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/Policy\\_Paper/Papers\\_Spurensuche.pdf](https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Policy_Paper/Papers_Spurensuche.pdf)], hier S. 25.

<sup>8</sup> „Ein Teil des Arbeitsausschusses der Kampagne [...] gründete [...] Ende 1969 das Sozialistische Büro“: Andreas Buro, *Gewaltlos gegen Krieg*, Frankfurt am Main 2011, S. 137. Auch Margareth Kukuck verweist im Wesentlichen auf die Kampagnen als Gründungshintergrund des SB: Margareth Kukuck, *Student und Klassenkampf. Studentenbewegung in der BRD seit 1967*, Hamburg 1977, S. 203.

<sup>9</sup> Buro (wie Anm. 8). Auch Vack beschreibt dies so. Er berichtet von einem Treffen im September 1968 im Offenbacher Naturfreundehaus, zu dem Klönne und Vack eingeladen hatten. Anlass war der Einmarsch der Warschauer-Pakt-Staaten in die ČSSR. Geladen waren nur „scharfe Kritiker

Das *Sozialistische Zentrum* spielt bei der Gründung des SB wohl nur mittelbar eine Rolle. Das Zentrum war eine Sammlungsinitiative, die im Vorfeld der Bundestagswahl 1969 entstand. Es wurde 1967 auf Initiative des *Sozialistischen Bundes* (SB) gebildet.

Zu dieser Zeit suchte der SB auch die Zusammenarbeit mit der Vereinigung Unabhängiger Sozialisten [...] und der Deutschen Friedens-Union [...]. Das Zentrum zu einer neuen Partei zu formen, gelang nicht. Doch formierte sich ein Wahlbündnis für die Bundestagswahlen 1969, das aber bereits mit der Invasion des Warschauer Paktes in der ČSSR 1968 zerbrach.<sup>10</sup>

---

des Einmarschs“, neben „etwa 30 Mitarbeiter[n] der Kampagne“ auch „Vertreter des SDS sowie anderer Gruppierungen der außerparlamentarischen Opposition“: Klaus Vack, Ein weiterer Versuch, Geschichte und Erfahrung darzustellen, in: Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hg.), *Das andere Deutschland nach 1945 – als Pazifist, Sozialist und radikaler Demokrat in der Bundesrepublik Deutschland* – Klaus Vack, Köln 2005, S. 79–144, hier: S. 98. Es zeigten sich hier jedoch „Meinungsverschiedenheiten“: „Die einen drängen auf eine weitere Konfrontation ‚mit dem System‘ und lehnen jegliche Form von ‚Kollaboration‘ mit ‚dem Establishment‘ ab.“ Vack sieht hier bereits das Politikverständnis der K-Gruppen am Werk. Der „harte Kern der Kampagne“ will diese als Bündnis zusammenhalten. Dabei sei jedoch das Bedürfnis virulent geworden, „daß wir undogmatischen Sozialisten uns einen eigenen, von einer nunmehr abgehobenen Bündnispolitik unabhängigen politischen Bezugsrahmen schaffen müssen“. Im Anschluss an dieses Treffen wandten sich Klönne (und Beilmann) an Buro und Vack mit dem „Vorschlag einer autonomen Organisation um eine sozialistische Publikation und ein Büro“, ebd., S. 99.

<sup>10</sup> Andreas Diers, *Linkssozialismus. Ursprünge und Geschichte 1917–1989*. Ein kurzer historischer Abriss, RLS Standpunkte, 39/2010, S. 5, siehe [<https://www.rosalux.de/publikation/id/4748/linkssozialismus-urspruenge-und-geschichte-1917-1989/>]. Am 17. Juni 1967 trafen sich auf Einladung des Sozialistischen Bundes in Frankfurt a. M. Mitglieder der VUS, DFU, SDS, ADS, ASO und weitere Personen der links-sozialistischen Opposition zu einer „Sozialistischen Arbeitskonferenz“. Die Arbeitskonferenz beschloss die Bildung eines sozialistischen Zentrums. Dazu wurde ein „Arbeitsausschuss der sozialistischen Opposition“ (nicht mit der Marburger ASO zu verwechseln) konstituiert und ein ständiges Sozialistisches Büro [nicht zu verwechseln mit dem späteren SB] in Frankfurt eingerichtet“. Richard Heigl, *Oppositionspolitik*. Wolfgang Abendroth und die Bildung der Neuen Linken, Hamburg 2007, zitiert nach: ders., *Oppositionspolitik*. Wolfgang Abendroth und die Entstehung der Neuen Linken (1950–1968), Dissertation, Augsburg 2006, S. 255. Der Arbeitsausschuss bereitete die „Sozialistische Februartagung“ von 1968 vor, ebd., S. 257. Das Sozialistische Zentrum sollte Voraussetzungen für eine Parteigründung schaffen, siehe: Wolfram Burkhardt, *Das politische und wissenschaftliche Wirken Wolfgang Abendroths von 1966 bis 1972*, Diplomarbeit, Marburg 1993, S. 124; Heigl, *Oppositionspolitik* (wie Anm. 10), S. 258. „Die Sozialistische Februartagung am 03. 02. 1968 in Offenbach diente nun dem offiziellen Zusammenschluss der sozialistischen Opposition im *Sozialistischen Zentrum* (SoZ)“, ebd., S. 261. Das SoZ setzte „in einem offenen Brief der illegalen KP am 22. 8. 1968 das Messer auf die Brust und

Der Sozialistische Bund: Mit der Ausgrenzung des SDS aus der SPD bildet sich 1961 die Sozialistische Förderergesellschaft der Freunde, Förderer und ehemaligen Mitglieder des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes e. V. (SFG). Im selben Jahr kommt der Unvereinbarkeitsbeschluss der SPD mit SDS und SFG. Daraufhin spaltet sich die SFG, ein Teil bleibt der SPD treu, ein anderer bleibt in der SFG, die sich 1962 in Sozialistischer Bund (SB) umbenennt.<sup>11</sup> Der Sozialistische Bund löst sich 1969 auf.

Neben dem Personenkreis aus der Kampagne beteiligen sich auch Personen aus dem Sozialistischen Bund an der Gründung des SB.<sup>12</sup> Hinzu kommen weitere Personen, die sich zuvor im Sozialistischen Zentrum zusammengefunden hatten, unter anderem jene aus der illegalen KP, die dem Einmarsch in die ČSSR kritisch gegenüberstanden.<sup>13</sup>

Das SB und die *links* werden zeitgleich ins Leben gerufen. Der Zeitschrift scheint zunächst mehr Gewicht gegeben zu werden. Gegründet

forderte eine eindeutige Entscheidung [...]. Den Brief unterschrieben Andreas Buro, Heiner Halberstadt, Arno Klönne, Philipp Pleß MdL, Rudolf Segall, Herbert Stubenrauch, Klaus Vack und Wolfgang Abendroth. Als Repräsentanten der westdeutschen Kommunisten den Einmarsch weiter als unvermeidlich bezeichneten, kam es zum Bruch im *Sozialistischen Zentrum*“, ebd., S. 263, vgl.: Offener Brief an die westdeutschen Kommunisten vom 22.08.1968, in: Nikolaus J. Ryschkowsky, *Die linke Linke*, München 1968, S. 216.

<sup>11</sup> Siehe: Gregor Kritidis, *Linkssozialistische Opposition in der Ära Adenauer*. Ein Beitrag zur Frühgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Hannover 2008, S. 511ff.; Philipp Kufferath, *Der Sozialistische Bund und die linkssozialistischen Ursprünge der Neuen Linken in den 1960er Jahren*, in: Christoph Jünke (Hg.), *Linkssozialismus in Deutschland: Jenseits von Sozialdemokratie und Kommunismus?*, Hamburg 2010, S. 186–205. „Gegen Ende des Jahres 1970 [Datierung unwahrscheinlich; T.G.] löste sich der Sozialistische Bund auf, die meisten Mitglieder traten der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro [...] bei“, Diers, *Linkssozialismus*, S. 5f.

<sup>12</sup> Genannt werden vor allem Heinz Brakemeier und Heiner Halberstadt.

<sup>13</sup> Genannt werden vor allem Willi Hoss und Willi Michel, Vack, *Ein weiterer Versuch* (wie Anm. 9), S. 90. Bei Vack findet sich kein Hinweis auf Sozialistischen Bund oder Sozialistisches Zentrum hinsichtlich der Gründung des SB, siehe: Klaus Vack, *Versuch, Geschichte und Erfahrung darzustellen*. Mehr als bibliographische Daten, weniger als eine Lebensgeschichte, in: Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hg.), *Tradition heißt nicht, Asche aufheben, sondern die Flamme am Brennen erhalten*. Für und über Klaus Vack, Sensbachtal 1985, S. 151–225, hier: S. 192ff. Klönne erwähnt lediglich die gemeinsame Arbeit von Linkssozialisten aus SPD, SDS und Sozialistischem Bund im *express international*, siehe: Arno Klönne, *Linkssozialisten in Westdeutschland*, in: Jürgen Baumgarten (Hg.), *Linkssozialisten in Europa. Alternativen zu Sozialdemokratie und Kommunistischen Parteien*, Hamburg 1982, S. 159–172, hier: S. 166.

wird die *links* als eine „auf politische Praxis gerichtete sozialistische Zeitung“, das SB als „ein zentrales, nicht als politische Führungsinstanz, sondern als ‚Dienstleistungsstelle‘ operierendes Sozialistisches Büro“. <sup>14</sup> Die *links* besteht als ein wichtiges Organ der politischen Linken bis 1997 und wird heute als Internetzeitschrift fortgeführt. <sup>15</sup>

In der im April 1969 erscheinenden Nullnummer der *links* wird das Projekt SB wie folgt beschrieben:

Die Linke in der Bundesrepublik, scheint uns, schwankt zur Zeit außer zwischen unfaßbar vielen politisch-ideologischen zwischen zwei politisch-organisatorischen Einstellungen. Die einen machen Spontaneität zum Mythos und lehnen jede beständige Form der Kooperation ab. Die anderen flüchten aus ihrer Enttäuschung über die Schwierigkeiten der ‚Selbstorganisation‘ in die nur scheinbar rettenden Arme traditioneller Organisationsvorstellungen. <sup>16</sup>

Damit wird die Verortung des SB beschrieben: zwischen reiner Selbstorganisation und Organisationsformen „die Frage nach neuen, die (negativen und positiven) historischen Erfahrungen der Linken verarbeiten“. Weder „Rückzug in überkommene Organisationsmuster“ mit „deren politische[n] Fesseln“ noch „Ideologie der reinen Spontaneität“. <sup>17</sup>

Das SB versteht sich als Koordinations- oder Vermittlungsinstanz. Das spricht auch aus der zeitdiagnostischen Beschreibung der Probleme der Linken:

Es fehlt an Kommunikation. Ergebnisse der theoretischen Diskussion, praktische Erfahrungen, politische Modelle spezifischer und lokaler Gruppen bleiben ohne allgemeine Auswertung für die unabhängige Linke, weil sie informatorisch nicht vermittelt, weil Kontakte nicht hergestellt werden. Materialien, Vorlagen für die Aufklärung im Sinne der

---

<sup>14</sup> „Entwurf für eine Aufforderung, Voraussetzungen einer unabhängigen sozialistischen Bewegung in der Bundesrepublik zu organisieren“, beigelegt im Rundbrief von Christel Beilmann, Heinz Brakemeier, Andreas Buro, Frank Deppe, Heiner Halberstadt, Holger Heide, Arno Klönne, Herbert Stubenrauch und Klaus Vack, Dezember 1968, zit. nach: Vack, Ein weiterer Versuch (wie Anm. 9), S. 102.

<sup>15</sup> [<http://www.links-netz.de/>].

<sup>16</sup> Sozialistisches Büro für bessere Kommunikation der unabhängigen Linken, in: *links*, 0/1969, S. 3.

<sup>17</sup> Ebd.

unabhängigen Linken, Seminare usw., die über ihren spezifischen Entstehungszusammenhang hinaus wichtig und anregend wären, bleiben unbekannt.<sup>18</sup>

In einer Phase der Retraditionalisierung und Dogmatisierung der Linken betont das SB seinen Antidogmatismus:

Das Sozialistische Büro will (ohne Monopolanspruch und ohne Anspruch auf Endgültigkeit) eine besserer Kommunikation unter unabhängigen Sozialisten und ihren verschiedenen Gruppierungen entwickeln, Material sammeln, reproduzieren, anbieten, verteilen und damit zur größeren Effektivität der Linken beitragen.<sup>19</sup>

Es scheint bisweilen, als nehme sich das SB, was seine politisch-inhaltlichen Positionen angeht, weitgehend zurück. Negt nennt das SB später „Organisator eines Produktionszusammenhangs“: „Es hat nicht die Aufgabe, durch Direktiven und verbindliche Richtlinien auf arbeitende Gruppen, innerhalb und außerhalb bestehender Organisationen, einzuwirken.“<sup>20</sup>

Das SB entfaltet in diesem Sinne vor allem in den 1970er Jahren rege Aktivitäten. Viele Gruppen und Einzelpersonen assoziieren sich, zählen sich zum SB. Formale Mitgliedschaft ist dabei nicht entscheidend. Es werden Rundbriefe verschickt und Kampagnen und Kongresse veranstaltet beziehungsweise unterstützt (Angela-Davis-Kongress 1972, Chile-Kampagne 1973, Portugal-Kampagne 1975, Kampagne gegen Unterdrückung / Pfingst-Kongress 1976, Großer Ratschlag des Sozialistischen Büros Hamburg 1978, Großer Ratschlag Frankfurt am Main 1980, einige Sommerschulen etc.). Ein kurzer Überblick über die Publikationstätigkeit des SB soll im Folgenden das Wirken verdeutlichen.<sup>21</sup>

Im Rahmen des SB agiert der *Sozialistische Lehrerbund* (1968 bis 1981), der über 60 Broschüren veröffentlicht. Darunter die *Reihe Roter*

<sup>18</sup> Ebd.

<sup>19</sup> Ebd.

<sup>20</sup> Oskar Negt, Nicht nach Köpfen, sondern nach Interessen organisieren! Aktuelle Fragen der Organisation, in: links, 39/1972, zitiert nach: SB (Hg.), Für eine neue sozialistische Linke. Analysen, Strategien, Modelle, Frankfurt am Main 1973, S. 216–226, hier: S. 225.

<sup>21</sup> Siehe [<https://express-afp.info/sozialistisches-buero-sb>].

*Pauker*, in der 1971 bis 1980 Materialien aus der Unterrichtspraxis publiziert werden. 1970 wird die *Sozialistische Betriebs-Korrespondenz* gegründet, die 1972 mit dem *express international* zum *express – Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit* fusioniert. Der *express* erscheint bis heute.<sup>22</sup> Er zählt zu den wenigen linken partei- und fraktionsunabhängigen Zeitschriften, die sich kontinuierlich mit den Problemen und Kämpfen der Arbeiter\*innenklasse beschäftigen.

In der *Reihe Betrieb und Gewerkschaften* werden Themen wie ‚Ausländische Arbeiter und Klassenkampf‘ (1972), ‚Spontane Streiks‘ (Redaktionskollektiv *express* 1973) oder die ‚Ausländerstreiks‘ von 1973 in der BRD (1975) behandelt. Als Beilage zum *express* erscheint beispielsweise auch die *Buschtrommel*, ein kritisches Mitteilungsblatt für den Bereich der IG Chemie-Papier-Keramik. In einer Reihe zur *Geschichte der Arbeiterbewegung* wird unter anderem eine Broschüre mit Oskar Negts *Überlegungen zu einer kritischen Lektüre der Schriften von Marx und Engels* (1976) publiziert. Die internationalistische Perspektive des SB wird mit der *Reihe Internationale Solidarität* (1971–1981) und dem *Internationalismus-Rundbrief* (1976–1979) deutlich.

Der *Informationsdienst Sozialarbeit* (1972–1981) und die *Arbeitsfeldmaterialien zum Sozialbereich* (1974–1981) bedienen den Bereich der Sozialen Arbeit. Hier lässt sich auch der *Informationsdienst Gesundheitswesen* (1974–1980) eingruppiieren. Aus diesen Zusammenhängen entsteht 1981/82 die Zeitschrift *Widersprüche. Zeitschrift für Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich*. Deren Heft Nr. 1 thematisiert das Verhältnis von *Hilfe und Herrschaft* (September 1981). Auch die *Widersprüche* erscheinen bis heute.<sup>23</sup>

Es finden sich Broschürenreihen zur Agrarpolitik und zum Umweltschutz. In der Reihe *Plakat-Bauernverlag* (1972–1979) wird die „Theorie der Bauernrevolution“ (1972) diskutiert; Ulrich Hampicke schreibt das Heft *Zur Kritik der bürgerlichen Agrarökonomie* (1974). Mit

---

<sup>22</sup> Siehe [<https://express-afp.info/>].

<sup>23</sup> Siehe [<https://www.widersprueche-zeitschrift.de/>].



der *Wyhl-Arbeit* existiert ein Rundbrief der Projektgruppen AKW und Umweltschutz im SB.<sup>24</sup>

Das SB gibt zudem Bücher heraus. Die bekanntesten sind wohl *Am Beispiel Angela Davis. Der Kongreß in Frankfurt. Reden; Referate, Diskussionsprotokolle*, 1972 als Fischer Taschenbuch erschienen, ebenso wie die Programmschrift *Für eine neue sozialistische Linke* (1973).<sup>25</sup>

Eine Taschenbuchreihe erscheint im hauseigenen *Verlag 2000*. Darunter Titel wie: Paul Mattick, *Kapitalistischer Reproduktionsprozess und Klassenbewußtsein* (Dezember 1971); Jürgen Seifert, *Dokumentation. Solidarität mit Peter Brückner* (1972); Leo Kofler / Andreas Buro, *Vom Handelskapitalismus zum Neo-Imperialismus der Gegenwart* (1972); Hansgeorg Conert, *Die politischen Grundrichtungen innerhalb der deutschen Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg. Richtungskämpfe in der SPD* (1973) sowie *Marxismus und Naturbeherrschung* (1978); Volkhard Brandes / Jens Huhn / Joachim Hirsch, *Wie Phönix aus der Asche? Energiekrise und ‚Modell Deutschland‘* (1981). Die bislang letzte Publikation, die vom SB gefördert wurde, ist 2013 der Band der Redaktion *links-netz zur Sozialen Infrastruktur*.<sup>26</sup>

Die 1980er Jahre, die im Rahmen der konservativen Wende veränderte praktische und theoretische politische Landschaft, die Etablierung der Grünen etc. bringen zwar nicht das Ende des SB, jedoch sind seine Aktivitäten fortan viel eingeschränkter. Es geht im Wesentlichen noch um die Unterstützung der drei verbliebenen Publikationen *links*, *express* und *Widersprüche*.<sup>27</sup>

Zurück zur Auseinandersetzung mit dem Konzept des SB. Das Buch *Rätepartei* hat drei (Unter-)Titel: *Zur Kritik des Sozialistischen Büros*, *Oskar Negt und Rudi Dutschke* sowie *Ein Beitrag zur Organisationsde-*

<sup>24</sup> Wyhl war Standort eines bereits im Bau befindlichen Atomkraftwerks, das aber auch durch die Anti-Atomkraft-Bewegung verhindert wurde.

<sup>25</sup> SB (Hg.), *Für eine neue sozialistische Linke* (wie Anm. 20): Eine Sammlung von Beiträgen aus SB Veröffentlichungen, hauptsächlich aus der *links*.

<sup>26</sup> Redaktion links-netz, d.i. Joachim Hirsch / Oliver Brüchert / Eva-Maria Krampe u. a. (Hg.), *Sozialpolitik anders gedacht: Soziale Infrastruktur*, Hamburg 2013.

<sup>27</sup> Die Redaktion des *express* bringt bis heute zahlreiche Publikationen auf den Weg, darunter die Broschüren-Reihe ‚Ränkeschmiede‘, siehe [<https://express-afp.info/raenkeschmiede>].

batte. Und tatsächlich ist all dies Thema. Das SB, insbesondere die Umsetzung und Ausgestaltung seines Arbeitsfeldansatzes, ist zentraler Gegenstand der Auseinandersetzung. Oskar Negt als negativer und vor allem Rudi Dutschke als positiver Protagonist sind die Stichwortgeber beziehungsweise Referenzen. Innerhalb dieser Bezüge lebt bei Prien eine Organisationsdebatte – oder besser -lehre – (wieder) auf, die wie ein Überbleibsel aus den „ML-igen“ 1970er Jahren erscheint.<sup>28</sup>

Dutschke beziehungsweise die bei ihm ausgemachte Partei-Theorie wird zum Führungstern der Interpretation: „Dutschkes Theorie-Torso zu einer Rätepartei“ sei ein „wichtiger Fixstern, an dem sich die Linken in der Tradition Rosa Luxemburgs orientieren können“.<sup>29</sup>

Diese starke Orientierung an Dutschke kann nicht überraschen, da Prien bereits in früheren Veröffentlichungen den „Dutschkismus“ für sich entdeckt hat.<sup>30</sup> Kritik an Dutschkes Leninismus,<sup>31</sup> an seinen nationalen Fantasien zur Unzeit (Wiedervereinigung)<sup>32</sup> und seinem Einsatz für die Grünen wird abgewiesen. Dutschke entdeckte mit anderen die „Gattungsfragen des Überlebens und des Friedens“,<sup>33</sup> wie Dutschke in Klaus Rainer Röhls Polit-Porno-Magazin *das da* schreibt, und stritt an der Seite von „Wertkonservativen wie Herbert Gruhl“ gegen die „Bankrotteure der K-Gruppen“.<sup>34</sup> Zur Erinnerung: Es war vor allem auch die Hegemonie jener (ehemaligen) K-Gruppler\*innen, unter der sehr er-

---

<sup>28</sup> Vgl. Malte Meyer, „Irrtum vom allerbesten Zentralkomitee“ – über Carsten Priens Beiträge zur Organisationsdebatte des Sozialistischen Büros, in: *express*, 10/2019.

<sup>29</sup> Prien, Rätepartei (wie Anm. 4), S. 13.

<sup>30</sup> Carsten Prien, Dutschkismus. Die politische Theorie Rudi Dutschkes, Seedorf 2015.

<sup>31</sup> Negt hält Dutschke angesichts ihrer Auseinandersetzung um die Rolle der Partei vor, ein „verkappter Leninist“ zu sein, Oskar Negt, Achtundsechzig. Politische Intellektuelle und die Macht, Göttingen 1995, S. 342, vgl. Prien, Rätepartei (wie Anm. 4), S. 68. Der Vorwurf des Leninismus trifft jedoch auch auf Negt selbst zu.

<sup>32</sup> Dutschkes nationale Orientierung ist zu kritisieren, ohne jedoch die Geschichtsfälschung des Rechtsradikalen Bernd Rabehl oder die Rekonstruktionen von Rechten wie Götz Aly oder Wolfgang Kraushaar zu teilen. Zur Kritik an Dutschke siehe: Arno Klönne, Vorsicht, nationale Sozialisten!, in: *das da*, 11/1978, S. 20–23. Zu Dutschke siehe: Matthias Stangel, Die Neue Linke und die nationale Frage. Deutschlandpolitische Konzeptionen und Tendenzen in der Außerparlamentarischen Opposition (APO), Baden Baden 2013.

<sup>33</sup> Rudi Dutschke, Die SPD und die Grünen, in: *das da*, 1/1979.

<sup>34</sup> Prien, Rätepartei (wie Anm. 4), S. 11f.

folgreich der Parteaufbau der Grünen betrieben und die ökologische Rechte (Gruhl, Springmann etc.) weitgehend ins Abseits gestellt wurde.

## Der Arbeitsfeldansatz

Zum Ansatzpunkt für neuere Diskussionen zur Organisationsfrage wurde der Arbeitsfeldansatz des SB. Dessen Organisationsform einerseits als Ansammlung von lokalen Gruppen und Arbeitsfeldern, die berufsfeldspezifisch aufgestellt waren, und andererseits als Zusammenhang, der in gemeinsamen Konferenzen und durch einen die Glieder integrierenden Arbeitsausschuss hergestellt werden sollte, weckte Interesse.

Das Editorial der Nullnummer der *links* von 1969 führt zur organisatorischen Positionierung des SB aus: Es gehe unter anderem darum, „aus dem Dilemma unbrauchbarer traditionell-bürokratischer Organisationsvorstellungen hier, ebenso unbrauchbarer ‚reiner‘ und teils blinder Spontaneität dort“ herauszufinden.<sup>35</sup> Das SB versucht sich so gegen östlichen wie westlichen Stalinismus<sup>36</sup> und gegen die damalige Sozialdemokratie<sup>37</sup> abzugrenzen, bleibt damit aber auch auf Distanz zu den sogenannten spontaneistischen Gruppen der sich auflösenden 68er-Bewegung:

Die oppositionelle Studenten- und Jugendbewegung verabsolutiert teilweise schicht- und generationsspezifische Verhaltensformen und verkennt teilweise die Notwendigkeit kontinuierlicher Organisationsformen für den Fortschritt sozialistischer Diskussion und Aktion.<sup>38</sup>

Die Ausgestaltung des Arbeitsfeldansatzes war innerhalb des SB ständig umstritten. Klaus Vack spricht in seinen Erinnerungen von einer „permanente[n] Organisationsdebatte“.<sup>39</sup> Grob gesagt, ging es in dieser

<sup>35</sup> Editorial, in: *links*, 0/1969, S. 2.

<sup>36</sup> „Die neukonstituierte Deutsche Kommunistische Partei artikuliert nicht die politischen Vorstellungen einer souveränen westdeutschen Linken“, ebd.

<sup>37</sup> „Die Sozialdemokratische Partei als Gesamtverband kann keinen Anspruch auf Systemveränderung mehr vertreten“, ebd.

<sup>38</sup> Ebd.

<sup>39</sup> Vack, Ein weiterer Versuch (wie Anm. 9), S. 129.

Debatte um die Frage, ob zentrale Instanzen geschaffen werden sollen, denen in größerem Umfang Leitungskompetenzen zugesprochen werden, oder ob die Zentrale, also Gremien wie etwa der Arbeitsausschuss oder die Redaktion der *links*, lediglich eine die Arbeitsfelder und Gruppen koordinierende und zuarbeitende Funktion haben soll.

Für Egon Becker war das SB, „abstrakt gesagt, ein politischer Versuch, mit der Paradoxie einer Organisation von Selbstorganisation aktiv und produktiv umzugehen. Mit dem Konzept der Arbeitsfelder wurde versucht, die Paradoxie in eine bearbeitbare Form zu bringen“.<sup>40</sup> Becker beschreibt das „Organisationsparadoxon“ des SB wie folgt:

Produktiv konnte das SB sein Organisationsparadoxon solange bearbeiten, wie es für die Basisinitiativen in seinen verschiedenen Arbeitsfeldern (Betrieb und Gewerkschaft, Schule, Sozialarbeit, Gesundheitswesen) eine überregionale Kommunikationsplattform und einen allgemeinen Rahmen für politisch-theoretische Reflexion, Kontroversen und Konsensbildung bildete. Hierfür waren die Arbeitsmaterialien und die regelmäßig erscheinenden Informationsdienste wichtige Elemente. So konnte Selbstorganisation dezentral gestärkt und es konnten zugleich Erfahrungen verallgemeinert und zentral reflektiert werden. Die hunderte vom Verlag 2000 veröffentlichten Rundbriefe, Broschüren, Reihen und Bücher dokumentieren auf eindrucksvolle Weise die Arbeit und Ideen in den verschiedenen Arbeitsfeldern. Im Zentrum des Arbeitsfeldansatzes standen dabei die Interessen, Bedürfnisse und Erfahrungen der Menschen, deren öffentliche Artikulation, praktische Koordination und theoretische Reflexion.<sup>41</sup>

Das theoretische Konzept des Arbeitsfeldansatzes des SB wird maßgeblich von Oskar Negt formuliert, vor allem in *Nicht nach Köpfen, sondern nach Interessen organisieren!* (1973) und *Erfahrung, Emanzipation und*

---

<sup>40</sup> Egon Becker, Das Sozialistische Büro – Ein unvollendetes Projekt?, in: Barbara Klaus / Jürgen Feldhoff (Hg.), Politische Autonomie und wissenschaftliche Reflexion. Beiträge zum Lebenswerk von Arno Klönne, Köln 2017, S. 161–182, hier: S. 173.

<sup>41</sup> Becker, Das Sozialistische Büro (wie Anm. 40), S. 174.

*Organisation* (1975), beide Aufsätze erscheinen in der *links*.<sup>42</sup> Rückblickend schreibt Negt über den Arbeitsfeldansatz des SB:

Ende der sechziger Jahre gegründet, erlangt es innerhalb weniger Jahre eine zentrale Bedeutung im weiten Spektrum der Linken. Einer der Gründe für diese spektakuläre Entwicklung des Sozialistischen Büros besteht darin, dass Politik hier nicht mehr verstanden wird als eine Kalkulation im vordergründigen Rahmen von Machtfragen, sondern als eigentümlicher Produktions- und Kommunikationsprozess. Das Büro ist so aufgegliedert, daß die jeweiligen Arbeitsfelder ihre eigenen Zugänge, Arbeitsmittel, Ziele und Voraussetzungen solcher Umgestaltungsprozesse entwickeln können: Die Arbeitsfeldkonzeption ist die Basis dieser Organisationsidee, die zentrale Koordination und dezentrale Praxis miteinander zu verknüpfen sucht. [...] Der Zentrale obliegt es, vorhandene politische Arbeitsprozesse zu koordinieren und [...] mit Entwicklungsperspektiven der Gesamtgesellschaft und geschichtlichen Zusammenhängen zu verbinden.<sup>43</sup>

Der Arbeitsfeldansatz und damit auch Negt sind bei Prien einerseits zentraler Bezugspunkt und positive politische und theoretische Perspektive. Andererseits formuliert er seine schärfste Kritik an der Umsetzung des Arbeitsfeldansatzes durch das SB sowie an der Haltung von Negt in ebendiesem Zusammenhang. Wir verfolgen hier zunächst diese Auseinandersetzung.

## Der ‚zentristische Opportunismus‘ des SB

Der Arbeitsfeldansatz des SB erscheint als Modell einer historisch adäquaten Organisationsform der Linken. Kritisiert wird einzig die Form, in der der Arbeitsfeldansatz im SB umgesetzt wurde:

<sup>42</sup> Negt, Nicht nach Köpfen (wie Anm. 20); Oskar Negt, Erfahrung, Emanzipation und Organisation, in: *links*, 68/1975. „Im Oktober 1972 hält Oskar Negt auf einer SB-Tagung vor 200 Zuhörern sein berühmtes Referat ‚Nicht nach Köpfen, sondern nach Interessen organisieren‘, das [...] das weitere organisatorische Selbstverständnis des SB prägen sollte“, Oy, Spurensuche (wie Anm. 7), S. 49. Siehe zu den Überlegungen Negts auch das Interview: „Spielt nicht mit der Legalität!“. Professor Oskar Negt über die Reorganisation der Linken, in: *Der Spiegel*, 25/1972.

<sup>43</sup> Oskar Negt, Achtundsechzig (wie Anm. 31), S. 158.

Die interne Geschichte des Sozialistischen Büros war stets gekennzeichnet durch den Widerspruch zwischen dem Arbeitsfeldansatz und einem zentristischen Opportunismus, der die konsequente Verwirklichung des Ansatzes sabotierte, sei es in den Debatten über die Einführung eines ‚Delegiertenrates‘, die Gründung einer linkssozialistischen Partei oder das Verhältnis zu den Bürgerinitiativen und den ersten Grünen.<sup>44</sup>

Als Hauptvertreter des „zentristischen Opportunismus“ erscheint Negt.<sup>45</sup> Die Sabotage des Arbeitsfeldansatzes besteht für Prien darin, diesen und damit das SB nicht zu einer politischen Partei entwickelt zu haben. Die Kritik trifft den Versuch des SB, dem oft beschriebenen Dilemma von bürokratischer Organisation einerseits und „reiner“ Spontaneität<sup>46</sup> andererseits eine Form zu geben, den Widerspruch von institutionalisierten Organisationsstrukturen und Selbstorganisation nach Interessen auszuhalten, ihn nicht zugunsten einer Seite hin aufzulösen. Das SB drückt damit eine zumindest skeptische Distanz zur parteipolitischen Sphäre der repräsentativen Demokratie aus. Es ist gerade jene Distanz zur politischen Organisationsform Partei, die in vielen Beschreibungen des SB immer wieder hervorgehoben wird; sie scheint ein wesentliches Element des SB darzustellen.

Der Begriff ‚zentristischer Opportunismus‘ könnte verwirren: Zentrismus steht in der linken Debatte vor allem für die Ausrichtung innerparteilicher Politik auf den Zusammenhalt der parlamentarischen Partei als Organisation. Hierfür steht exemplarisch Kautsky und die Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg. Prien bezeichnet damit jedoch eine politische Haltung, welche die Nicht-Parteiförmigkeit des SB erhalten will. In seiner Perspektive werden damit der eigentliche Gehalt und die Möglichkeiten des Arbeitsfeldansatzes verraten. Diese Politik wird darüber hinaus als Opportunismus gegenüber dem politischen Status quo

---

<sup>44</sup> Prien, Rätepartei (wie Anm. 4), S. 17f.

<sup>45</sup> „Der z. B. von trotzkistischer Seite erhobene Vorwurf des ‚Offenbacher Zentrismus‘ übersieht allerdings, dass unser Ansatz von Anfang an nicht auf Vereinheitlichung und nicht auf Vereinnahmung, sondern auf einen politischen Produktionsprozess angelegt war, der die Vielfalt von Erfahrungen basispolitischer Aktivität hoch veranschlagt.“, Vack, Versuch (wie Anm. 13), S. 200.

<sup>46</sup> Editorial, in: links, 0/1969, S. 2.

gekennzeichnet, die Verweigerung, das SB zu einer wirklich revolutionären Organisation zu machen, zu einer *Partei neuen Typs*, wie Dutschke es formulierte. Zentrismus sei, so Prien, „Integrationsideologie“, die die Funktion hat, in der Theorie Gegensätze miteinander zu versöhnen, die in ihren organisatorischen Konsequenzen unvereinbar sind“.<sup>47</sup> Gemeint ist damit offenbar, dass der Versuch scheitern müsse, den organisatorischen Zusammenhang der Arbeitsfelder quasi spontaneistisch offenzuhalten und nicht in Richtung Partei zu vereindeutigen. Die theoretische Rechtfertigung dieses Versuchs wird als Ideologie angesehen, die widerstrebende, eigentlich unvereinbare Positionen zusammenhalten soll.

Die Umsetzung des Arbeitsfeldansatzes durch das SB wird als „Inbegriff projektemacherischer Netzwerkelei“ gekennzeichnet, die „in einer hoffnungslos desorganisierten Linken statt für eine Not mittlerweile als Tugend“ gelte. Das SB habe sich in dem Dilemma von Organisation und Spontaneität „häuslich eingerichtet“. In dieser „Zwischenstellung“ müsse das SB „unausweichlich zum Spielball der Interessen von SPD und DKP“ werden. „In ihr rieb sich seine politische Substanz auf und korrumpierte sich seine politische Moral“. Es sei gerade die „zentristische[...] Deutung“ des Arbeitsfeldansatzes durch Teile des SB, die aus dessen „dialektische[m] Widerspruch, [...] die Selbstorganisation zu organisieren [...] notgedrungen ein unlösbares Paradoxon“ mache.<sup>48</sup>

Der Versuch des SB, die Nicht-Organisation zu organisieren, einen verbindlichen Zusammenhang zu schaffen sowie inhaltlich zu entfalten und sich zugleich nicht auf die Ebene traditionalistischer (Partei-)Organisationsformen der Arbeiter\*innenbewegung zu begeben, dies erscheint als politisches Manko. Diese Einschätzung wird nicht nur in dem Buch *Rätepartei* vertreten, sondern ist auch historisch in den Auseinandersetzungen innerhalb des SB präsent.

<sup>47</sup> Prien, Rätepartei (wie Anm. 4), S. 105.

<sup>48</sup> Ebd., S. 18f.

## Die Partei, die Partei

Aus dem Paradoxon heraus und damit hin zu der historisch gebotenen Weiterentwicklung des Arbeitsfeldansatzes – sozusagen zu einer ‚dialektischen Auflösung des Widerspruchs‘ – führt nach Prien nur ein Weg: „Einzig die Gründung einer eigenen Partei hätte in der damaligen Konstellation die äußeren Bedingungen für die Entwicklung auch der inneren Anlagen des Sozialistischen Büros schaffen können.“<sup>49</sup> Um diese Position zu stützen, wird Manfred Scharrer zitiert, der in der Zeitschrift *Langer Marsch* gegen eine politisch lähmende „Position der reinen Basisdemokratie“ argumentiert: „Eine Wahlbeteiligung könnte in diesem Sinne einen institutionellen Zwang erzeugen, den die Linke offensichtlich braucht, um wieder handlungsfähig zu werden.“<sup>50</sup> Dagegen steht jedoch die Position des SB-Arbeitsausschusses: „Eine Wahlbeteiligung als erster Schritt muss den formalen Wahlakt derart in den Vordergrund rücken, dass alle Stellvertreter-Mechanismen voll zum Greifen kommen.“<sup>51</sup> In der *links* argumentiert unter anderem Ursula Schmiederer gegen das „Parteigründungs-Kuckucksei, das man [...] uns, bildlich gesprochen, ins Nest zu legen versucht“.<sup>52</sup>

Aus der parteipolitischen Perspektive erscheint die Verweigerung der Gründung einer parlamentarischen Partei als eine Entscheidung für die Beibehaltung des gesellschaftlichen Status quo. Offenbar kann so keine politische Wirkmacht entfaltet werden. Der „Zentrismus“ des SB erscheint somit als Richtungslosigkeit, als politische Indifferenz:

---

<sup>49</sup> Ebd., S. 19.

<sup>50</sup> Manfred Scharrer, Für eine Wahlbeteiligung, in: *Langer Marsch – Zeitung für eine neue Linke*, 36/1978, S. 4–5, zitiert bei Prien, Rätepartei (wie Anm. 4), S. 21. Es ist die Zeit der grünen und alternativen Listen, die sich in der Bundesrepublik zu verschiedenen Wahlen aufstellen, die Phase vor der Gründung der Grünen als Bundespartei.

<sup>51</sup> Rundbrief des SB, zitiert bei Prien, Rätepartei (wie Anm. 4), S. 21. Das Zitat und der Rundbrief des SB konnten nicht ermittelt werden.

<sup>52</sup> Ursula Schmiederer, Jetzt gründen sie wieder, in: *links*, 75/1976, S. 1–3, hier: S. 2. Das Zitat von Schmiederer ist bei Prien stark zusammengezogen, ohne dass dies gekennzeichnet wird, siehe: Prien, Rätepartei (wie Anm. 4), S. 28. Priens Gegner\*innen sind jedoch nicht nur die ‚Zentristen‘ innerhalb des SB, sondern auch Linke wie Peter Brückner, der als „Vertreter einer organisationsfeindlichen hedonistischen Linken“ gilt, Prien, Rätepartei (wie Anm. 4), S. 26.



Das Ausweichen davor, zu SPD und DKP parlamentarisch in Konkurrenz zu treten, die politische Indifferenz des Zentrismus im Allgemeinen waren eine stillschweigende Entscheidung für den gesellschaftlichen und politischen Status quo. Ihr entsprach eine Theoriegestalt des Arbeitsfeldansatzes, die wie hinter einer Nebelwand in unbestimmbarer Mehrdeutigkeit verschwamm.<sup>53</sup>

Das SB verharre in einer „Zwischenstellung“ – im Dilemma von Organisation und Spontanität –, die das „opportunistische Bedürfnis“ zur Folge habe, „politische Verbindlichkeiten weitestgehend zu vermeiden“. Dies führe zur „Gesinnungslumperei“.<sup>54</sup> Zentrismus bedeute, eine „prinzipienlose Einheit der Organisation dadurch zu wahren, dass [...] eine in Worten revolutionäre Theorie mit einer tatsächlich reformistischen Praxis“ verbunden werde.<sup>55</sup> Darin besteht wohl die oben angesprochene Korruption politischer Moral des SB. Jene Prinzipienlosigkeit, die fehlende „Verbindlichkeit einer allgemeinen Theorie und Strategie“, für die die Begriffe Zentrismus und Opportunismus hier stehen, erfülle darüber hinaus eine „liquidatorische Funktion“.<sup>56</sup> Sie untergräbt beziehungsweise verhindert offenbar politische Handlungsfähigkeit und das Weiterbestehen der Organisation SB überhaupt. Politische Handlungsfähigkeit, Strategie, Prinzipien, Verbindlichkeit, das alles wird an die Parteiform geknüpft. Es offenbart sich ein sehr fixierter und eingeschränkter Begriff von Politik.

<sup>53</sup> Ebd., S. 21. Die Interpretation des Arbeitsfeldansatzes sei durch ein „opportunistisches Kalkül“ im SB verdorben worden, ebd., S. 42.

<sup>54</sup> Ebd., S. 22. Den ‚Opportunismus‘ Negts führt Prien auf dessen Adaption von Charles Wright Mills‘ ‚The Sociological Imagination‘ zurück, vgl. Ebd., S. 105. Diese Adaption wird durchaus zutreffend beschrieben. Negt übernimmt seine ‚soziologische Phantasie‘ vom nicht-marxistischen linken Soziologen und ‚hemmungslosen Eklektiker‘ Mills: Stephan Lessenich, Soziologische Phantasie, gestern und heute. Vorwort zur deutschsprachigen Neuausgabe, in: Charles Wright Mills, Kritik der soziologischen Phantasie, Wiesbaden 2016, S. 7–22, hier: S. 10. Unklar bleibt, warum eine kritische Haltung Negts gegenüber Mills‘ Soziologie zu einer Befürwortung des Parteikonzeptes führen sollte.

<sup>55</sup> Prien, Rätepartei (wie Anm. 4), S. 22. Prien verortet den Zentrismus institutionell und personell vor allem „in der Redaktion der ‚links‘ und im geschäftsführenden ‚Arbeitsausschuss‘ des SB“, ebd.

<sup>56</sup> Ebd., vgl. S. 35f.

Nach einer zeitgenössischen Kritik des *AK Rote Zellen* (1975) am SB verbiete das Büro durch diese Ausrichtung „organisierte Politik und Agitation“, mit der Begründung, dass sie „hinderlich für die ‚Autonomie‘ der Arbeiter“ sei.<sup>57</sup> Dem „entspricht die Vorstellung, eine aus anderswo bereits vorhandenen Einsichten gewonnene Überzeugung tue ihrem Träger Gewalt an! Die Funktion der Thesenmacher in diesem Büro besteht dann wohl darin, in Arbeitssitzungen den Arbeitern zu erklären, sie sollten sich ja von niemandem etwas erklären lassen“.<sup>58</sup> Das „Liquidatorentum des SB-Zentrismus“ habe hier seinen theoretischen Ursprung, hinter seiner „heuchlerischen Bescheidenheit“ stehe „überkommener intellektueller Standesdünkel und elitäre Überheblichkeit“.<sup>59</sup>

In der Tat wird hier ein problematischer Punkt auch des Arbeitsfeldansatzes aufgegriffen, der jedoch die Organisationsfrage insgesamt berührt. In einer traditionellen Lesart des Politischen, in der Individuen gemeinsam politisch handeln und dabei durch Theorie angeleitet werden, ergibt sich das Problem, herauszufinden, wer die richtige Theorie besitzt und wie diese sich ausweist. Eine unmittelbare Basisorientierung entbehrt zunächst jeglichen Inhalts. Wie ist der Graben zwischen jenem Standpunkt der ‚richtigen‘ Theorie und der daraus folgenden Taktik einerseits und der unmittelbaren Artikulation von Bedürfnissen, der spontanen Aktion andererseits in nicht-autoritärer Weise zu überbrücken? Wie ist dem antiautoritären Paradoxon, zu erklären, sich nichts erklären zu lassen, zu entkommen?<sup>60</sup>

In der Kritik am SB wird die „Mystifikation der unmittelbaren Erfahrung und Spontaneität des Proletariats“ als der „theoretische Hauptfehler der zentristischen Interpretation des Arbeitsfeldansatzes“ ausgewiesen (Prien verweist hier auf Negt):<sup>61</sup> „Produkt dieser Mystifikation ist

---

<sup>57</sup> AK Rote Zellen, zitiert bei Prien, Rätepartei (wie Anm. 4), S. 66.

<sup>58</sup> AK Rote Zellen, zitiert ebd., S. 67.

<sup>59</sup> Prien, Rätepartei (wie Anm. 4), S. 67. Die ‚elitäre Überheblichkeit‘ besteht hier dann aber auch darin, sich einer Avantgardeposition zu verweigern.

<sup>60</sup> Die Lösung der Frage liegt auch hier in der Kritik der Frage selbst.

<sup>61</sup> Oskar Negt, *Erfahrungsspurenen. Eine autobiographische Denkreise*, Göttingen 2019, S. 139.

das Ideal einer ‚autonomen Klassenbewegung‘ des Proletariats“. Dies wiederum sei ein „geradezu lächerlich absurde[r] Selbstwiderspruch!“<sup>62</sup>

### Die Partei neuen Typs

Dutschkes Fixierung auf eine Parteigründung und seine Ausführungen dazu werden zu einer Partei-Theorie stilisiert.<sup>63</sup> In deren Zentrum steht die *Partei neuen Typs*, die – im Zusammenhang mit dem Arbeitsfeldansatz – grundsätzlich alle problematischen Entwicklungen einer Partei-Organisation auszuschließen scheint. Dutschke verdeutlicht seine Position als, wie er sagt, Mitglied des SB in einer Rede von 1976:

Ich meine, wenn das SB eine werdende politische Kraft sein will, dann muss auch die Frage der sozialistischen Perspektive gestellt werden und damit die Frage der sozialistischen Partei, die meiner Meinung nach untrennbar mit der Sozialismusfrage verbunden ist.<sup>64</sup>

Fragen nach der „sozialistischen Orientierung“ und der „sozialistischen Organisation“, nach „sozialistische[r] Politik“, dem „sozialistischen Standpunkt“, der „sozialistischen Perspektive“, die „Sozialismusfrage“, all das löst Dutschke auf in die „Frage der sozialistischen Partei“, die zu ignorieren „historische Ignoranz“ sei.<sup>65</sup> Prien spitzt in seiner Darstellung die Argumentation Dutschkes auf diesen Punkt hin nochmals zu. Dutschke gelte als „prononciertester Fürsprecher der Parteigründung

<sup>62</sup> Prien, Rätepartei (wie Anm. 4), S. 66. Immer wieder erscheint Negt als jene Figur, an der sich Prien abarbeitet: „Oskar Negt ist unbestreitbar der Theoretiker des Arbeitsfeldansatzes, zugleich ist er Hauptvertreter des Zentrismus“ und damit zugleich „Theoretiker des Opportunismus innerhalb des SB“, ebd., S. 105, vgl. S. 35. An einigen Stellen erscheint darüber hinaus Dutschke als Stichwortgeber für den Arbeitsfeldansatz, sodass dieser als dessen eigentlicher Urheber gelten könnte. Es werde deutlich, „wie sehr Dutschkes Theorie eines ‚Langen Marsches durch die Institutionen‘ die Grundlage für den später von Oskar Negt für das Sozialistische Büro formulierten Arbeitsfeldansatzes bildet“, ebd., S. 87.

<sup>63</sup> Prien meint, hierbei auf Georg Lukács rekurren zu können, siehe: ebd., S. 23; vgl. Georg Lukács, *Methodisches zur Organisationsfrage*, in: ders., *Geschichte und Klassenbewußtsein*, Darmstadt 1968, S. 452–513, hier: S. 453f.

<sup>64</sup> Rudi Dutschke, Rede auf der Veranstaltung der Jusos „Perspektive der Linken“ am 7.12.1977 (überarbeitet), in: *Radikal. Sozialistische Zeitung für Westberlin*, 31/1977. Wieder abgedruckt in: Prien, *Rätepartei* (wie Anm. 4), S. 149–158, hier: S. 155.

<sup>65</sup> Ebd.

[...] in der Organisationsgeschichte des SB“. Er sei damit „der eigentliche Gegenspieler zum zentristischen Opportunismus“.<sup>66</sup>

In immer neuen Wendungen versuchte Rudi Dutschke, diese Quadratur des Kreises zu lösen. Er träumte von einem neuen revolutionären Typus von Arbeiterpartei, der nicht dem russisch-leninistischen Modell von oben nach unten, sondern einem ‚Typus dezentralisierter Struktur, Kritik und Kontrolle des abwählbaren Zentrums von unten‘ folgte.<sup>67</sup>

Dass die Auseinandersetzung um die Organisations- und Parteifrage im SB immer virulent war, zeigt unter anderem auch der Streit über die Einführung eines Delegiertenrates. Eine Beschreibung dieser Auseinandersetzung findet sich bei Vack:

Am 12./13. April 1975 konstituiert sich der Delegiertenrat des SB. Im Vorfeld hatte es über die Schaffung eines solchen Gremiums Kontroversen gegeben. In diesen spiegelten sich die nun fast durchgängig auftretenden politisch-organisatorischen Vorstellungen ‚zweier Linien‘ wider. Etwas vereinfacht ging es zum einen um das Konzept eines ‚starken‘ Arbeitsausschusses und die Umwandlung der Arbeitsgruppe des SB, an der alle Mitglieder teilnehmen können, in eine Delegiertenkonferenz.<sup>68</sup>

Damit hätte sich das SB sehr einer Partei-Organisation angenähert, mit organisatorisch gestärkter Zentrale und Repräsentationsprinzip statt Basisversammlung.

Die andere Position plädierte für die Beibehaltung der Arbeitsgruppen-tagung als ‚Thing‘ des SB und wollte mit dem Delegiertenrat ein Gremium, das sowohl regionale Zusammenhänge als auch überregionale Arbeitsfelder und Projekte integriert. Der Arbeitsausschuss sollte danach durchaus mit Entscheidungskompetenzen versehen sein, aber doch nicht zum dominierenden Gremium des SB werden.<sup>69</sup>

---

<sup>66</sup> Ebd., S. 34.

<sup>67</sup> Manfred Scharrer, Auf der Suche nach der revolutionären Arbeiterpartei. Eine Momentaufnahme, in: *Ästhetik & Kommunikation*, 140/141 (2008), S. 24, siehe [www.manfred-scharrer.de/Manfred\_Scharrer/Downloads\_files/1968.pdf]. Scharrer zitiert R. Bald [Pseudonym Rudi Dutschke] in: *Der Lange Marsch*, 5/1973, S. 6.

<sup>68</sup> Vack, Versuch (wie Anm. 9), S. 219f.

<sup>69</sup> Ebd.; vgl.: Prien, Rätepartei (wie Anm. 4), S. 28.

Bereits im November 1973 hatte sich laut Vack eine „heftige Diskussion“ über die Organisation des SB entzündet.<sup>70</sup> Es ging dabei um die Frage der Abschaffung der korporativen Gruppenmitgliedschaft im SB, sodass nur noch Einzelmitgliedschaften möglich sein sollten. Dies hätte die Strukturen des SB an die einer Partei angeglichen. Diejenigen, die die ausschließliche Einzelmitgliedschaft befürworteten, argumentierten mit einem dadurch gewährleisteten Mehr an „politische[r] Verbindlichkeit“. In der Darstellung Vacks erscheint es so, als habe nur das entschiedene Auftreten von Vack selbst – trotz vorheriger Abstimmungsniederlage – eine Änderung der Organisationsstruktur verhindert.<sup>71</sup>

Der spätere, aber ähnlich gelagerte Streit um den Delegiertenrat des SB kann durchaus als Streit zweier Linien interpretiert werden. Bei Prien handelt es sich dabei zum einen um eine „revolutionäre Linie“, die für „einen konsequenten inneren Räteaufbau des Sozialistischen Büros“ stehe. Dabei sollen, Dutschke gemäß, die „Autonomie-Strukturen“ der Arbeitsfelder über „Delegiertenschlüssel aufrechterhalten werden“.<sup>72</sup> Zweitens die sogenannte zentristische Linie, für die „ein konsequenter Räteaufbau notwendig zu Erstarrung und Verbürokratisierung“ führe.<sup>73</sup> Damit ist es die „revolutionäre Linie“, die wiederum auf die Umwandlung des SB in eine Rätepartei verweist, in der die Arbeitsfelder als Basisorganisationen über einen Delegiertenschlüssel repräsentiert werden sollen.

Für Prien enthält der Arbeitsfeldansatz schon an sich eine Verbindung von Arbeitsfeldern und Parteiorganisation nach dem Räteprinzip, die es zu entfalten gelte. Dadurch könne eine *Partei neuen Typs* geschaffen werden:

Die ‚Verankerung des Räteprinzips schon in der revolutionären Parteiorganisation‘, die Dutschke forderte, ist vom Arbeitsfeldansatz nicht zu trennen. Erst die ‚revolutionäre Berufspraxis‘ des Arbeitsfeldansatzes ist

<sup>70</sup> Vack, Versuch (wie Anm. 9) S. 212.

<sup>71</sup> Ebd.

<sup>72</sup> Prien, Rätepartei (wie Anm. 4), S. 30, vgl.: Rudi Dutschke, Aufrecht gehen. Eine Fragmentarische Autobiographie, Berlin 1981, S. 115.

<sup>73</sup> Prien, Rätepartei (wie Anm. 4), S. 30.

im Stande, jene innerorganisatorische Anforderung zu erfüllen, die Georg Lukács an die ‚Partei neuen Typs‘ stellte.<sup>74</sup>

Eine solche „konsequente Verwirklichung des Arbeitsfeldansatzes“ schließe dann „Dogmatismus und Politikastertum im Vorhinein aus“.<sup>75</sup> Die *Partei neuen Typs* charakterisiert Prien mit Bezugnahme auf Dutschke wie folgt:

In Wahrheit sah Dutschke das Verhältnis von Partei und Räten dialektisch, die ‚Partei neuen Typs‘ sollte das ‚Proletariat zur Aktion erziehen‘, so ‚wie die Partei von den Arbeiterräten erzogen werden soll, um nicht von den Arbeiterbedürfnissen der Klasse abzuweichen‘.<sup>76</sup>

Die *Partei neuen Typs* ist eine Organisation wechselseitiger Erziehung. Kritik an einer Partei-Orientierung, wie sie innerhalb des SB formuliert wird, und die damaligen Warnungen vor einem „Ultrazentralismus“ sind in dieser Perspektive lediglich ein „Schreckgespenst“, „um einer demokratischen Entmachtung der ‚informellen Kader‘ vorzubeugen“. Es habe diesbezüglich eine „hysterische Stimmung“ geherrscht. Hinter der „Bühnendekoration und den Phrasen von ‚Basisdemokratie‘“ habe sich dagegen der „Ultrazentralismus der Zentristen“ verborgen.<sup>77</sup>

Mag sein, dass ‚informelle Kader‘ innerhalb des SB tatsächlich um ihre Position fürchteten und sich (auch) deshalb einer Parteigründung ver-

---

<sup>74</sup> Ebd.

<sup>75</sup> Ebd., S. 31.

<sup>76</sup> Ebd., S. 68, vgl. Rudi Dutschke, Versuch, Lenin auf die Füße zu stellen. Über den halbasiatischen und den westeuropäischen Weg zum Sozialismus. Lenin, Lukács und die Dritte Internationale, Berlin 1974, S. 243. Dieses Zitat findet sich bei Dutschke nicht! An dieser Stelle führt Dutschke (mit Zitaten von Lukács) folgendes aus: „Daß die KPD ‚in Zukunft mit Hilfe der Arbeiterräte das deutsche Proletariat für die Aktion erziehen‘ wird, nimmt Lukács an; wie die *Partei* aber von den *Arbeiterräten* erzogen werden soll, um nicht von den Arbeiterbedürfnissen der *Klasse* abzuweichen, wird nicht als Problem gesehen. Diese entscheidende Wechselwirkung verbleibt der ‚Mission‘ der Partei, – womit sie nicht durchschaubar wird.“, ebd. Dutschke beschreibt hier das Problem der Organisationsfrage in kritischer Absetzung von Lukács. Die Frage, die sich in *dieser* politischen Perspektive stellt, wie die Partei von den Arbeiterräten erzogen werden solle, wird in der Prienschen Parteiapologetik jedoch auch nicht gelöst, ja ebensowenig gestellt. Sie gilt, bezogen auf das SB, als unmittelbar lösbar durch die organisatorische Verbindung von Arbeitsfeldern und Partei. Aus der Wechselwirkung bei Dutschke wird bei Prien Dialektik – bezeichnend.

<sup>77</sup> Prien, Rätepartei (wie Anm. 4), S. 31.

sperren. Prien macht sich jedoch nicht die Mühe, die inhaltlichen Argumente in der Organisationsdebatte, die gegen eine Parteigründung sprachen, ernsthaft zu würdigen. Er diffamiert diese Position sogleich als opportunistisch, prinzipienlos etc. Er bezichtigt die Gegner\*innen der Partei-Konzeption eines Opportunismus, der für die reformistische Integration der Linken und die Beibehaltung des herrschenden Status quo stehe. Aus einer Position heraus, die ein kritischeres Verhältnis zur Parteipolitik vertritt, könnte gerade umgekehrt argumentiert werden, dass die Gründung einer Partei, das Einlassen auf das System der repräsentativen Demokratie, die damit einhergehenden organisatorischen Zwänge etc. viel eher als reformistische Integration und Anerkennung des herrschenden Status quo angesehen werden können.

## Scheitern des SB

Dutschke beweist sein Gespür für den politischen Zeitgeist. Er setzt politisch zunehmend nicht mehr auf das SB, sondern auf die Partei *Die Grünen*. Dies zeigt sich in der Auseinandersetzung zwischen Dutschke und Negt, der Distanz zu den Grünen wahr.<sup>78</sup> Negt bleibt, wie sich zeigen wird, der deutschen Sozialdemokratie verpflichtet. Die Grünen, so erscheint Dutschkes Position, sind zumindest eine Partei mit Basisbewegung, den Bürgerinitiativen, wenn auch (noch) keine sozialistische Partei.

Dass mit der Gründung der Grünen auch jener *Partei neuen Typs* keinen Schritt nähergekommen wurde, fällt dabei unter den Tisch, von der weiteren Entwicklung ganz zu schweigen. Offenbar fehlte hier die Lichtgestalt Dutschke, die der Partei-Organisation eine andere Wende hätte geben können. Das Schicksal des SB scheint mit seiner Umorientierung besiegelt: „Mit dem Scheitern von Dutschkes Versuchen, das SB auf eine ‚höhere politisch-organisatorische Ebene‘ zu heben, hat sich das Sozialistische Büro selbst überlebt.“<sup>79</sup>

<sup>78</sup> Ebd., S. 33f.

<sup>79</sup> Ebd., S. 39, vgl. S. 101.

Die „zentristische Führung“ hatte „über ein Jahrzehnt lang eine Parteigründung der Neuen Linken, und damit die Verwirklichung seines eigenen Arbeitsfeldansatzes sabotiert“. Grüne und Alternativbewegung rückten dagegen, so Prien mit den Worten Wolfgang Kraushaars, „die Priorität des Interessens- und Erfahrungszusammenhangs“ tatsächlich ins Zentrum.<sup>80</sup>

Das SB habe sich überlebt, weil die Chance, eine ‚wirklich‘ revolutionäre *Partei neuen Typs* zu gründen, vertan war. Der geschichtliche Kairos wurde also vom zentristischen Flügel des SB verraten und verpasst. Der Zentrismus im SB habe die *Partei neuen Typs* „nicht als eine unabgeoltene historische Aufgabe angesehen und ihr Fehlen nicht auf eine geschichtlich genau bestimmbare Fehlentwicklung zurückgeführt“.<sup>81</sup> Genau dies ist aber die Perspektive bei Prien:

Der frühzeitige Bruch mit dem zentristischen Opportunismus und der Aufbau einer eigenen Partei [...] wäre hingegen unbedingt notwendig gewesen, um die Massen auf die bevorstehende Revolution vorzubereiten und zur Selbsttätigkeit erziehen zu können.<sup>82</sup>

Das berührt Fragen der Geschichtsphilosophie. Mit dem Arbeitsfeldansatz scheint ein historischer Moment eingetreten, der eine bestimmte Entwicklung notwendig erfordert hätte. Der Arbeitsfeldansatz sei „auf jenem historisch-logischem Entwicklungsniveau anzusiedeln, auf dem eine ‚Partei neuen Typs‘ aus der bestimmten Negation der opportunistischen Massenpartei hätte hervorgehen müssen“.<sup>83</sup> Negt dagegen habe lediglich eine „geschichtslos unbestimmte[...] Negation der Leninschen Partei“ vertreten.<sup>84</sup>

---

<sup>80</sup> Ebd., S. 101.

<sup>81</sup> Ebd., S. 68.

<sup>82</sup> Ebd., S. 74. Prien verweist an dieser Stelle auf Johann Knief und die Bremer Linksradiakalen. Er verweist auch auf eine „Kontinuität, die auf Rosa Luxemburg und den deutschen Linkskommunismus zurückreicht“ und die sich im Arbeitsfeldansatz „objektiv fortsetzte“, ebd., S. 42. Die Kontinuität zu den Rätekommunist\*innen ist nicht schwer zu diagnostizieren, werden doch offen rätedemokratische Element und Überlegungen in die Programmatik des SB übernommen.

<sup>83</sup> Ebd., S. 42.

<sup>84</sup> Ebd., S. 68.



In Priens Buch folgt entsprechend, nach der Schilderung der Tragödie des SB, eine kurze Weltanschauungsgeschichte, von der Naturgeschichte über die ursprünglichen Gemeinwesen bis zum Kapitalismus.<sup>85</sup>

Die Dialektik der Geschichte gleicht einer Matroschka. In der Naturgeschichte steckt die Geschichte der gesellschaftlichen Grundformationen, darin die historische Dialektik des Kapitals und in ihr wiederum steckt die Organisationsgeschichte des Proletariats. Dennoch ist es stets der gleiche Prozess einer sich ausdifferenzierenden Totalität.<sup>86</sup>

## Die Partei als Katalysator der Revolution

Die Partei erscheint als eine Art Katalysator in der Organisationsgeschichte des Proletariats und damit als Teil jener sich ausdifferenzierenden Totalität.

Die ‚Partei neuen Typs‘ nun ist diese manifest gewordene Totalität innerhalb der Totalität bürgerlicher Gesellschaft, durch die, über die und in der sich die gesellschaftliche Umwälzung vollzieht.<sup>87</sup>

Die „historische Aufgabe“ dieser sei „die fortschreitende Selbstaufhebung des abstrakt Allgemeinen hin zu einer unmittelbaren Identität des Einzelnen und Allgemeinen im Besonderen“.<sup>88</sup> Im Selbstverständnis des SB seien alle wesentlichen Elemente zur Lösung der historischen Aufgabe vorhanden gewesen: „die Organisation der Vertrauensleute, die Strategie der Sozialisierung und die Taktik der Arbeiterkontrolle“.<sup>89</sup> Die *Partei neuen Typs* erscheint als die ideale Form des Zusammenwirkens dieser Elemente. Sie sei

die Einheit der revolutionären Obleute auf Grundlage ihres gemeinsamen theoretischen Bewusstseins, wie es sich in der Anerkennung des revolutionären Parteiprogramms manifestiert. Die durchgehende Reflexion der spezifischen Betriebserfahrungen durch die Partei führt fortschreitend

<sup>85</sup> Ebd., S. 43ff.

<sup>86</sup> Ebd., S. 43.

<sup>87</sup> Ebd., S. 58.

<sup>88</sup> Ebd.

<sup>89</sup> Ebd.

zu einer Vertiefung und Konkretisierung des Abbildes der gesellschaftlichen Totalität unter dem Aspekt ihrer Aufhebbarkeit im gemeinsamen Bewusstsein der Parteimitglieder und, durch diese vermittelt, in den Massen.<sup>90</sup>

Die Partei werde so „zumindest tendenziell zum vollkommenen Spiegel des ‚gesellschaftlichen Gesamtarbeiters‘“.<sup>91</sup>

Schlüsseln wir diese Konstruktion ein wenig auf. Ausgangspunkt ist das gemeinsame theoretische Bewusstsein der Obleute der Partei (der Avantgarde), das sich in ihrer Anerkennung des Parteiprogramms ausdrückt (Disziplin). Die Erfahrungen aus den Betrieben werden von der Partei aufgenommen und verarbeitet (genauer: abgespiegelt). Dadurch verbessert sich das Abbild der Gesellschaft – in revolutionärer Perspektive –, das die Parteimitglieder besitzen, was diese wiederum in die ‚Massen‘ vermitteln. In Konstruktionen wie dieser kommt eine Hierarchie zum Ausdruck, die auch Prien wahrnimmt:

Durch diesen qua Repräsentationsdichte höheren Grad der Deutlichkeit in der Widerspiegelung der gesellschaftlichen Totalität ‚beherrscht‘ nun die Zentrale tatsächlich die einzelnen Arbeitsfelder, ebenso, wie die Vertrauensleute in den Betrieben und anderen Arbeitsfeldern die Massen ‚beherrschen‘.<sup>92</sup>

Um dem Problem von Hierarchie, der Top-Down-Struktur dieser Konstruktion zu entgehen, greift Prien auf die Philosophie zurück. Das ‚Beherrschen‘ sei „im Sinne der Leibnizschen Monadenlehre“ zu verstehen:

‚Zentrale‘ wie die ‚Vertrauensleute‘ haben die Funktion von ‚Zentralmonaden‘ inne. Sie drücken die Erfahrungen und Bedürfnisse der sie umgebenden Masse in einer einheitlichen, mit der Totalität des gesellschaftlichen Umwälzungsprozesses übereinstimmenden Form aus. Sie organisieren auf diese Weise die Selbstorganisation der Masse, zu der sie selbst gehören.<sup>93</sup>

---

<sup>90</sup> Ebd., S. 58f.

<sup>91</sup> Ebd., S. 116, zitiert wird MEW 23, S. 531.

<sup>92</sup> Prien, Rätepartei (wie Anm. 4), S. 116.

<sup>93</sup> Ebd.

Die Lösung ist das immer schon unterstellte, quasi osmotische wechselseitige Einverständnis. Argumentiert wird, es gebe hier kein ‚Beherrschen‘, da die Elemente wie Leibnizsche Monaden funktionierten. Unterstellt ist damit als ein durch die Organisation gegebenes Faktum, was allenfalls als ein Sollen formuliert werden dürfte: Avantgarde und ‚Masse‘ *sind* verschmolzen. Leibniz liefert dabei lediglich die Terminologie für eine Analogie, die nichts begründen kann. In dieser naiven Form der Lösung wird die Problematik jedoch umso deutlicher. Am Ende ist bewiesen, was zu beweisen war:

Die Artikulation der ‚durch den kapitalistischen Produktionsprozeß unterdrückten Bedürfnisse und Triebe der unterdrückten Klasse‘ in einer die Masse zur Selbsttätigkeit befähigenden Form, das ist die Aufgabe der Rätepartei.<sup>94</sup>

Das Ideal einer Übereinstimmung von proletarischer ‚Masse‘, dem unmittelbaren Bewusstsein dieser ‚Masse‘, spontaner Bewegung, Politik (Taktik) und Partei (Organisation) im Sinne der ‚richtigen‘ Theorie wird letztlich durch das Wissen um die ‚richtige‘ Theorie verbürgt. Ein Wissen, das im Besitz der revolutionären Avantgarde, aber an sich bereits auch in der ‚Masse‘ angelegt zu sein scheint. Es ergibt sich als Denkmodell: Die Avantgarde steht in Wechselwirkung mit der Basis, dem Proletariat, einem Austausch, der in Form einer idealen Kommunikation gedacht ist. Die Spiegelung der Gesellschaft und damit das Wissen um ihre Revolutionierung verbessert sich in einem wechselseitig befruchtenden Prozess stetig. Die unmittelbaren Bedürfnisse und Einsichten des Proletariats als unmittelbarem Teil der Totalität<sup>95</sup> werden durch die Avantgarde theoretisch verarbeitet, eingebaut in die durch sie zu ent-

<sup>94</sup> Ebd. Zitiert wird laut Prien: Kritik der KPD/AO (Rudi Dutschke / Manfred Scharer, ohne namentliche Zeichnung), in: *Politikon*, 36/1971.

<sup>95</sup> József Révai „lehrt“, so Prien: „Der Gegenstand als Totalität kann nur begriffen und umgewälzt werden durch ein Subjekt, das ebenfalls eine Totalität ist; und das ist in der kapitalistischen Gesellschaft das sich zur Klasse konstituierende Proletariat“, Prien, Rätepartei (wie Anm. 4), S. 58, vgl. József Révai, Rezension [von *Geschichte und Klassenbewusstsein*], in: *Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung*, 11 (1925), wieder abgedruckt in: *Geschichte und Klassenbewusstsein heute* (2), Frankfurt 1977, S. 181–191, hier: S. 190.

werfende politische Taktik. Zugleich werden die ‚Massen‘, deren Bewusstsein noch ‚verdinglicht‘ ist (wie Lukács sagt), durch die Partei-Avantgarde erzogen.

Wie nahe diese Überlegungen dem Weber-Leninisten Lukács – und eben nicht an Rosa Luxemburg – sind, wird bei einem Blick in Lukács‘ Schrift zur Organisationsfrage deutlich. Dies auszuführen sprengt jedoch den Rahmen dieser Auseinandersetzung.

## Das Menetekel der Organisationsfrage

Wenn die Organisationsfrage der Linken anhand der Geschichte des SB gestellt und diskutiert wird und die Auseinandersetzung um diese wiederauflebt, mutet das vielleicht auf den ersten Blick überholt an, ist es jedoch keineswegs. Die Organisationsfrage und die Debatte um sie wird die Linke durch die Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft begleiten. Die Probleme des Klassenkampfes sind immer noch virulent, und es sind nicht einfach nur die des ML-Marxismus. Eine kritische Rekonstruktion der Debatte bleibt lohnend.<sup>96</sup>

Die Organisationsfrage erscheint wie ein Menetekel in der Geschichte linker sozialer Bewegungen, insbesondere der Arbeiter\*innenbewegung. Sie wird in einer bestimmten Entwicklungsphase sozialer Bewegung gestellt und deutet allzu oft auf ihre autoritäre Umwandlung oder ihren Zerfall. Das politische Denken in der Linken orientierte sich dabei über lange Zeiten und bis heute überwiegend an der Organisation der Klasse innerhalb der politischen Funktionsbedingungen bürgerlicher Gesellschaft, das heißt der repräsentativen Demokratie. Gewerkschaften als Interessenvertretung der Klasse und Parteien als politisch-parlamentarische Repräsentationsorgane galten dabei als die wichtigsten Ergebnisse der Organisationsversuche. Gerade die deutschen Gewerkschaften entpolitisierten sich in einer Arbeitsteilung, in der das Politi-

---

<sup>96</sup> Zu bedauern ist, dass die Gruppe Antifa Kritik und Klassenkampf (AKK) recht unkritisch gegenüber Priens Auslassungen bleibt (siehe: diskus, 55 (2016), 216, S. 58f.) bzw. apologetisch dessen Einschätzung des SB übernimmt (siehe Glossar, ebd., S. 52).

sche dann weitgehend in der Form der parlamentarischen Partei verortet wurde.

Die Sinnhaftigkeit, bisweilen auch die Notwendigkeit des organisatorischen Zusammenschlusses von Einzelnen im Klassenkampf (Internationale Arbeiterassoziation) auf der einen Seite verengt sich andererseits auf die Vorstellung, dass gesellschaftsverändernde revolutionäre Aktion zielführend nur als Produkt jener als parlamentarische Partei institutionalisierten Organisationen zu denken ist.

Die Geschichte der Sozialdemokratie zeigt, wie diese ihre zunächst noch programmatisch formulierte revolutionierende Orientierung unter spezifischen historischen – und das heißt eben auch organisatorischen – Bedingungen verliert. Im Entstehungsprozess der bürgerlichen Republiken war oft gerade sie die eigentliche Partei der Bürger\*innenrechte und die Sachwalterin des Staatsbürgertums im bürgerlichen Staat. Die Sozialdemokratie verliert ihren revolutionären Charakter aber auch im Zuge ihrer politischen Taktik, sich auf die Form bürgerlicher Politik und deren Strukturen positiv einzulassen. Die soziale Bewegung wird dabei instrumentalisiert, und die Partei wird repräsentierend beziehungsweise stellvertretend zum eigentlichen revolutionären Subjekt. Dies ist vor allem auch in der Geschichte der russischen Sozialdemokratie nachzuerfolgen. Die Politik Lenins, mit ihrer Trennung von Avantgarde und Masse, Führung und Gefolgschaft, von überlegenem revolutionären und defizitärem, nur trade-unionistischem Bewusstsein sowie mit ihrer Praxis einer Modernisierungsdiktatur, ist letztlich nur die konsequente Fortsetzung der Sozialdemokratie unter anderen politischen und historischen Bedingungen. Mit ihr werden Rekrutierung, Schulung und Erziehung zumindest der Parteikader, aber darüber hinaus auch der Massen zur einheitsstiftenden (inkludierenden) Aufgabe der Partei. Spätestens hier zeigt sich die damit manifestierte Vorstellung von Politik als eine zutiefst bürgerliche. Der *mündige Bürger*, die Vernünftigkeit aller wird einerseits vorausgesetzt (Ideal), muss aber andererseits gleichzeitig offenbar immer wieder empirisch hergestellt werden (Erziehung).

Mit dem institutionellen Auseinandertreten von Bewegung und Organisation manifestiert sich darüber hinaus immer wieder ein hierarchisches Verhältnis, anstatt Klassenkampf als einen gemeinsamen solidarischen Prozess der Erfahrung zu begreifen, der sich vielfältiger Formen von Aktion und Organisierung bedienen kann. Was sich hierin manifestieren könnte, ist nicht einfach ein spontanes, sondern ein im Sozialen verankertes, reflektiertes politisches Bewusstsein.

Die parlamentarische Partei dagegen erzeugt den Schein der Repräsentation der Arbeiter\*innenbewegung inklusive auch ihrer revolutionären Interessen in der bürgerlichen Gesellschaft. Umgekehrt wird jedoch die Partei selbst zum Repräsentanten der bürgerlichen Gesellschaft.<sup>97</sup> Die Partei der Arbeiter\*innenbewegung nimmt nun die Rolle einer bewussten oder unbewussten Kapitalfraktion ein, für deren Interessenausgleich das parlamentarische System etabliert ist.

Dort, wo eine antiautoritäre Linke einerseits die autoritären Strukturen der Organisation kritisiert und für sich ablehnt, andererseits aber nach einem institutionalisierten, wenn auch basisdemokratischen Vermittlungsmechanismus zwischen sozialer Bewegung und Partei sucht (Doppelstrategie, Standbein-Spielbein-Metapher), verlässt sie die Paradigmen bürgerlicher Politik nicht. Mit den oft penetranten Versuchen, soziale Bewegung in organisatorische Bahnen zu lenken, Bündnisse zu institutionalisieren oder aus Institutionen heraus auszurufen (Sammelbewegung), verdeutlicht sich das Verhaftetsein in den Formen bürgerlicher Politik. Soziale Bewegung erscheint so als defizitär, passiv, tendenziell politisch handlungsunfähig, bedeutungslos, soweit sie einer Führung durch Organisation entbehrt. Die Vermittlung von Bewegung und Bewusstsein bedarf scheinbar immer der Organisation als eines dritten. Politik erscheint in der Trinität von Bewegung, Organisation und Geist (Bewusstsein). Das Problem der Vermittlung stellt sich jedoch nur, wenn eine Trennung bereits vorausgesetzt ist. Es könnte als

---

<sup>97</sup> Agnoli argumentiert, dass in der repräsentativen Demokratie der Staat, nicht der Bürger repräsentiert werde: „Das Parlament vertritt gegenüber dem gemeinen Staatsbürger den Staat; der Volksvertreter verwandelt sich in einen ‚Staatsrepräsentanten‘“, Johannes Agnoli, Die Transformation der Demokratie und andere Schriften zur Kritik der Politik, Freiburg 1990, S. 78.

Organisations-Fetisch bezeichnet werden, wenn die Lösung des Problems der Vermittlung immer auf die Institution der Organisation projiziert wird.

Aber nicht nur die Orientierung auf Partei und das Denken in Kategorien der Partei-Politik sind bis heute virulent und kennzeichnen ein Dilemma der Linken. Die Linke sammelt sich in Vereinen, die, wenn nicht selbst mit Ambitionen verbunden, Partei zu sein, als Vorfeldorganisationen agieren (wie etwa das *Institut Solidarische Moderne*) und sich auf die Rolle des Thinktanks, des Stichwortgebers, der Einflussnahme auf die Partei (oder die Gewerkschaft), gerne auch zumindest auf einen linken Flügel, verstehen. Der politisch bürgerlichen Organisationslogik kann sie damit nicht entkommen.

Bisweilen sucht die Linke eine die bürgerliche Gesellschaft transformierende, also revolutionäre Wirksamkeit des Politischen. Sie verortet dieses Politische im Funktionsparadigma bürgerlicher Organisationsformen, postuliert jedoch, darüber die revolutionäre Perspektive nicht zu verlieren. Es gehört zum Markenkern der Sozialdemokratie, sich als Bewegungsform dieses Widerspruchs anzudienen. Für die sozialdemokratische Linke soll die von ihr angestrebte gesellschaftliche Hegemonie basisdemokratisch sein, also Vorherrschaft ohne Herrschaft. Gesucht wird die „Hegemonie ohne Hegemon“.<sup>98</sup>

Rosa Luxemburg hatte hinsichtlich der Frage der Partei die Zeichen der Zeit nicht erkannt. Zu lange hielt sie an jener Partei fest, die ihren Tod tragischerweise schlussendlich auf dem Gewissen hat.<sup>99</sup> Luxemburg suchte mit ihrer Kritik an der russischen Sozialdemokratie immer wieder auch die eigene Partei zu treffen. Als beiden wesentlich zeigte sich jedoch ein spezifisches Politikverständnis, das die russische Sozialdemokratie unter anderen politischen und geschichtlichen Vorzeichen

<sup>98</sup> Die Formel von der „Hegemonie ohne Hegemon“ findet sich bei Wolfgang Fritz Haug ebenso wie im Strategiepapier der Widersprüche-Redaktion: dies., Verteidigen, kritisieren, überwinden zugleich! Ein Strategiepapier, in: Widersprüche, 11/1984, S. 120–136, [<https://www.widersprueche-zeitschrift.de/article202.html>].

<sup>99</sup> Siehe: Klaus Gietinger, Eine Leiche im Landwehrkanal. Die Ermordung Rosa Luxemburgs, Hamburg 2009.

frühsozialistisch radikalisierte. Lukács hingegen bleibt in seiner Kritik an Luxemburgs Lenin-Kritik dem Stalinismus verhaftet. Sein Vorwurf an Luxemburg, sie überschätze die spontane Aktion der Masse, legitimiert die Führungsrolle der Partei.<sup>100</sup>

Um eine kritische Auseinandersetzung mit der Frage der Organisation kommt eine kapitalismuskritische Linke nicht herum. Der Streit um das Verständnis und die jeweiligen Rollen von Bewegung und Organisation begleitet sie. Das SB bildet hier keine Ausnahme.

Im SB wurde versucht, eine konkrete Antwort auf die Frage des problematischen Zusammenhangs von sozialer Erfahrung, politischer Intervention und (Selbst-)Aufklärung zu geben. Zur politischen und theoretischen (Selbst-)Aufklärung ebenso wie zur praktischen Unterstützung in den Arbeitsfeldern initiierte das SB unter anderem eine breite Palette an Veröffentlichungen. Die sozialen Erfahrungen sollten, ebenso wie die professionellen und politischen Probleme im Arbeitsfeld, den Hintergrund abgeben für koordinierte politische Aktionen. Diese Vorstellung ging durchaus über die der Kampagnenpolitik hinaus. Es war die spezifische gesellschaftliche Form der Arbeit und die daraus resultierenden Interessen, ebenso wie die mit ihr verbundenen Widersprüche, die hier thematisch wurden. Dies geht über das politische Denken in Regierungserklärungen oder die utopistischen Entwürfe, wie etwas sein müsste, die ja auch in der Linken präsent sind, hinaus. Es geht dabei nicht zuletzt um die Klassenfrage.

---

<sup>100</sup> Zu Luxemburg siehe: Diethard Behrens, Gesellschaftspolitik. Anmerkungen zu Rosa Luxemburg, Reihe Philosophische Gespräche, Bd. 56, Berlin 2019.



# DuEPublico

Duisburg-Essen Publications online

UNIVERSITÄT  
DUISBURG  
ESSEN

*Offen im Denken*

ub

universitäts  
bibliothek

Erschienen in: Sozial.Geschichte Online 28 (2020), S. 87-118

Dieser Text wird über DuEPublico, dem Dokumenten- und Publikationsserver der Universität Duisburg-Essen, zur Verfügung gestellt. Die hier veröffentlichte Version der E-Publikation kann von einer eventuell ebenfalls veröffentlichten Verlagsversion abweichen.

**DOI:** 10.17185/duepublico/73599

**URN:** urn:nbn:de:hbz:464-20201215-180403-5



Dieses Werk kann unter einer Creative Commons Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 3.0 Lizenz (CC BY-NC-ND 3.0) genutzt werden.